

ANTRÄGE

1) Einrichtung einer Pflegeplatzbörse

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In immer mehr Deutschen Städten werden als Bürgerservice Pflegebörsen im Internet eingerichtet. User/innen können sich relativ einfach über diese Seite einen Überblick über die Pflegeangebote, die freien Plätze und zusätzliche Infos verschaffen. Meine persönliche Erfahrung zeigt, dass eine solche Einrichtung in Graz fehlt.

Als Angehöriger tut man sich sehr schwer, einen Überblick über das gesamte Angebot zu bekommen. Die Qualität der Pflegeleistungen wird zwar vom Land und von der Stadt überprüft (Mindeststandards), könnte aus meiner Sicht gerade über eine objektive Kundenbewertung (ähnlich wie bei Hotelbewertungsseiten) eine erste aussagekräftige Auskunft geben.

Diese Vorteile wären durch eine Pflegeplatzbörse gegeben:

- alte Menschen und Angehörige finden schnell die Angebote über mobile und stationäre Pflege in der Umgebung
- das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage
- Mit der Bewertung durch „Kunden und Angehörige“ könnten Vor- und Nachteile bzw. auch Missstände bei einzelnen Anbietern aufgezeigt werden.

http://www.muenchnerpflegeboerse.de/de/00_startseite.php

<http://heimplatzboerse-neumarkt.de/plaetze/index.php>

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat ersucht die für Soziales zuständige Stadträtin, Frau Dr. Martina Schröck, und den für die Geriatrischen Gesundheitszentren verantwortlichen Stadtrat, Herrn Mag. (FH) Mario Eustacchio, eine für Graz geeignete Pflegeplatzbörse zu entwickeln.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Aufstellung von Fahrverbotschildern für den Schwerverkehr im Norden von Graz

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Überall in Graz findet man an Einfahrtsstraßen Fahrverbotschilder für den Schwerverkehr über 7,5 Tonnen. Ziel ist es, die Durchfahrt sogenannten „Mautflüchtlinge“, welche die Gebühr für den Autobahnabschnitt Gleisdorf – Gratkorn-Süd sparen wollen und damit über Eggersdorf, Anna-Graben, Radegunder- und St. Veiter, Andritzer Reichs- und Wiener Straße ausweichen, zu verhindern.

Ausgenommen ist natürlich der Ziel- bzw. Quellverkehr. Leider wurde aber ein solches Durchzugsfahrverbot im Norden unserer Stadt nicht verhängt. Eine solche Verbotsmaßnahme wäre auch ein weiterer Schritt gegen den Feinstaub und Lärm

bzw. zur Hebung der Verkehrssicherheit. Zu berücksichtigen ist vor allem die Stadteinfahrt über die Radegunder Straße.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat tritt mit folgender Petition an die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung heran:

Der Bezirkshauptmann DDr. Burkhard Thierrichter wird ersucht, bereits in der Gemeinde Weinitzen den Schwerverkehr über 7,5 Tonnen (ausgenommen Ziel- bzw. Quellverkehr) mittels der Aufstellung von Fahrverbotschildern zu unterbinden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Aufstockung von ERfA-Mitarbeitern sowie Rahmenbedingungen schaffen, um ERfA-Arbeitskräfte in anderen Betrieben einsetzen zu können

GR. Koroschetz stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Invasorische Pflanzen bringen immer größere Probleme mit sich - diese sind mittlerweile durch mediale Berichterstattung und die Informationen des Grazer Naturschutzbeauftragten Dr. Wolfgang Windisch bekannt. Diese reichen vom Verschwinden der heimischen Flora und damit verbunden zum Teil auch Fauna bis zu

starken allergischen Reaktionen bei betroffenen Anrainern, Wanderern und Spaziergängern.

Im Bereich Grünraum und Gewässer wird versucht, über den Verein ERfA, diese Pflanzen nachhaltig zu bekämpfen - das ist aber in weiten Bereichen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Aus diesem Grund muss die Bekämpfung intensiviert werden. Da sich der Einsatz von Arbeitskräften aus dem Verein ERfA - Erfahrung für Alle - in den letzten Jahren im Bereich der Stadt Graz bewährt hat, wäre es sinnvoll, entsprechende finanzielle Mittel in der Stadt Graz zur Verfügung zu stellen und gezielt zur Bekämpfung der Neophyten einzusetzen. Der Einsatz dieser Arbeitskräfte ist in den Monaten Juni, Juli, August und September sinnvoll.

Darüber hinaus muss geprüft werden, inwieweit es möglich ist, Arbeitskräfte aus dem gemeinnützigen Verein in Betrieben einzusetzen, die im Auftrag der Stadt Graz oder einer Tochterfirma in diesen Bereichen tätig sind.

Finanzbedarf:

Zum gezielten Einsatz müssten in Graz 8 Gruppen zu je 6 Mitarbeitern von ERfA zur Verfügung gestellt werden sowie zur Betreuung dieser Gruppen 4 Schlüsselkräfte.

Kosten für die Stadt Graz:

Der Aufwand für die Stadt beziffert sich mit € 300,00 pro Mitarbeiter und Monat. Das ergibt einen Betrag von. € 14 400.00 pro Monat bzw. knapp € 60.000,00 für die Bekämpfungssaison.

Dazu kommen noch die Kosten für die Schlüsselkräfte, die separat mit dem Verein vereinbart werden müssten. Ob personelle Kapazitäten aus dem eigenen Bereich möglich sind, müsste geprüft werden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Der Grazer Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen sowie die zuständige politische Referentin, Sozialstadträtin Dr. Martina Schröck, beauftragen,

1. das notwendige finanzielle Budget für 2012 zu sichern,
2. die oben angeführten ERfA-Mitarbeiter zu beantragen und
3. den Einsatz von ERfA-Mitarbeitern in auch anderen Betrieben des Hauses Graz zu ermöglichen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Parkanlage in Graz-Puntigam im Bereich des Murradweges unweit der Puntigamer Brücke stadteinwärts verwildert immer mehr

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz war im Jahre 2003 Kulturhauptstadt Europas. Im Rahmen dieses Kulturhauptstadtjahres wurden in Graz zahlreiche Bau- bzw. sonstige Infrastruktureinrichtungen errichtet bzw. neu geschaffen. Unter anderem wurde entlang des Murradweges im Bezirk Puntigam - nur unweit der Puntigamer Brücke stadteinwärts - eine sehr schöne, kleine Parkanlage errichtet. Viele Spaziergänger,

Läufer, Walker wie auch Radfahrer machen in dieser Parkanlage halt oder verweilen eine zeitlang bzw. lauschen dem Rauschen des Wassers der Mur.

In den ersten Folgejahren wurde diese Parkanlage von den Mitarbeitern der Grünraumpflege der Holding Graz Services wunderschön gepflegt. Seit einigen Jahren wird das Gras in dieser Parkanlage nur sehr unregelmäßig gemäht, sodass die Brennnessel teilweise bereits 30 – 40 cm hoch wachsen, und in den Blumenbeeten sprießt das Unkraut bzw. Gras höher als die wenigen verbliebenen Blumen. Darüber hinaus wurden offensichtlich die aufgestellten Holztische wie auch Holzbänke seit Jahren nicht mehr gestrichen, sodass diese teilweise unansehnlich aussehen und bereits zu morschen beginnen und daher nicht gerade einladend aussehen, um dort ein wenig zu verweilen – im Gegenteil. Die Beschwerden von BesucherInnen bzw. RadfahrerInnen – insbesondere aus den Bezirken Liebenau, Jakomini, Innere Stadt, Gries sowie Puntigam über das „Verwildern“ der Parkanlage unweit der Puntigamer Brücke nehmen stetig zu.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die Holding Graz Services (Grünraumpflege) beauftragen, dass die oben erwähnte Parkanlage in Hinkunft wieder

1. in kürzeren Zeitabständen gemäht wird,
2. die Blumenbeete unkrautfrei gehalten und in den vorgesehenen Blumenbeeten adäquate Blumen gepflanzt werden,
3. die Holztische sowie Holzbänke regelmäßig gestrichen werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Straßenschild in Graz-Liebenau mit dem Wortlaut: „Zu den Häusern Eichbachgasse 89a, b, c, 90, 91a“

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ich weiß, dass die deutsche Sprache dem einen oder anderen österreichischen Staatsbürger Schwierigkeiten bereitet, aber ein offensichtlich nicht in korrekter deutscher Sprache geschriebenes Straßenschild auch noch öffentlich anzubringen, grenzt an einen „Schildbürgerstreich“.

Ein solches gibt es in Graz-Liebenau und zwar mit folgendem Wortlaut: „Zu den Häusern Eichbachgasse 89a, b, c, 90, 91a“.

Es handelt sich zwar nur um einen kleinen Fehler, nämlich die beiden Striche über dem Buchstaben „u“ gehören zum Buchstaben „a“, aber noch leben wir im schönen Österreich, in dem die korrekte deutsche Sprache Amtssprache ist und gerade deshalb haben die öffentlichen Behörden mit gutem Beispiel – nach dem Motto: kleiner Fehler, große Wirkung – voranzugehen.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständige Magistratsabteilung beauftragen, dass nicht der korrekten deutschen Sprache entsprechende Straßenschild in Graz-Liebenau ehestens zu entfernen und durch ein in korrekter deutscher Sprache geschriebenes Straßenschild zu ersetzen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**6) Optimierung der Administration der Sozialstaffel bei den Kindergartentarifen –
Petition an das Land Steiermark**

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit Jahren ist die Stadt Graz bundesweit ein Vorbild für die familienfreundliche Abwicklung sozial gestaffelter Elternbeiträge für Kinderbetreuungseinrichtungen. Der im Jahre 2008 vom Land Steiermark eingeführte „Gratiskindergarten“ wurde heuer im Frühjahr wieder abgeschafft.

Seit September 2011 gilt landesweit eine neue Sozialstaffel. Seit Wochen häufen sich die Beschwerden verärgelter Eltern wegen der komplizierten, vom Familienressort des Landes Steiermark vorgegebenen Administration zur Feststellung des Familiennettoeinkommens. Der Grazer Familienstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg hat bereits mehrfach darauf hingewiesen. Auch Mitglieder des Grazer Gemeinderates wurden vielfach von betroffenen Eltern darauf aufmerksam gemacht. Die Berechnung des sozial gestaffelten Tarifs dauert jetzt durchschnittlich mindestens doppelt so lang wie vor Einführung des „Gratiskindgartens“.

Um den Familien weiteren Ärger und den Gemeinden überbordenden Verwaltungsaufwand zu ersparen, appellieren wir an das Land Steiermark, rechtzeitig vor Beginn des Kindergartenjahres 2012/13 unter Einbindung von ExpertInnen der Stadt Graz, die jahrelange positive Erfahrungen bei der Abwicklung

sozial gestaffelter Elternbeiträge im Kinderbetreuungsbereich haben, die derzeit geltenden Bestimmungen zu überarbeiten und zu optimieren.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Das Land Steiermark soll auf dem Petitionswege aufgefordert werden, im Sinne des Motivenberichts die Administration der sozial gestaffelten Beiträge für Kinderbetreuungseinrichtungen zu optimieren.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Ostseitige Gehsteigerrichtung in der Marburger Straße

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

2009 wurde Ecke Marburger Straße/Hertzgasse eine Kinderkrippe neu errichtet. Durch den Neubau wurde die Grundstücksgrenze und der Zaun des Grundstückes nach Osten versetzt und damit Platz für einen Gehsteig geschaffen. Das Nachbargrundstück ist mit dem Zaun ebenfalls auf gleicher Höhe, sodass Platz für einen durchgehenden Gehsteig in der Marburger Straße von der Petrifelder Straße bis zur Hertzgasse ist. Fußgänger, von der Petrifelder Straße kommend, könnten

dadurch auch auf einem gesicherten Gehsteig die Bushaltestelle Hertzgasse erreichen.

Auch die Eltern, die ihre Kinder in die Kinderkrippe bringen bzw. abholen, stehen beim Verlassen des Grundstückes auf der Straße. Ein Gehsteig würde hier die Sicherheit von Kindern und Eltern wesentlich erhöhen.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge die Errichtung eines durchgehenden Gehsteiges in der Marburger Straße von der Petrifelder Straße bis zur Hertzgasse beschließen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Berücksichtigung künftiger Belastungen für den Siedlungsverkehr bei Baugenehmigungen

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In jüngster Zeit häufen sich Beschwerden von AnrainerInnen über die Zuspitzung der Verkehrsprobleme in ihrem Umfeld aufgrund neuer Bauprojekte: Vielfach entsteht nämlich der Eindruck, dass bei Baugenehmigungen nicht ausreichend auf die

regionale Verkehrssituation und die zu erwartenden steigenden Verkehrsbewegungen Bedacht genommen wird.

- So gibt es beispielsweise in der Augasse im Bereich des neuen Wiki-Kindergartens Beeinträchtigungen, weil hier keine Möglichkeit besteht, den Kindergarten mit dem Pkw anzusteuern, zudem endet auch der Gehsteig in der neuen Hausmauer, was dazu führt, dass FußgängerInnen auf die Fahrbahn ausweichen müssen. Angeblicher Grund: Die Gemini-Privatstiftung habe, so verlautet zumindest aus dem Bezirk, keinen Grund für einen Gehsteig abtreten müssen.
- Auch im Bereich der Augasse/Kreuzung Kalvarienbergstraße gibt es aufgrund baulicher Veränderungen Befürchtungen betreffend künftiger Staus – auch hier wurden für die Errichtung von Wartehäuschen keine Grundabtretungen in Anspruch genommen.
- In der Überfuhrungsgasse schließlich gibt es in Zusammenhang mit einem Immobilien-Projekt bereits eine Vielzahl von Einsprüchen aufgrund der aus Sicht der betroffenen AnrainerInnen mangelnden Verkehrslösung. Auch hier wiederum besteht die Befürchtung, dass keine Grundstücksabtretung vorgeschrieben wurde, wodurch eine bestmögliche Verkehrslösung im Sinne der betroffenen AnrainerInnen nicht machbar ist.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen Fachabteilungen werden aufgefordert, Baugenehmigungen in Zukunft nur noch dann zu erteilen, wenn die entsprechend erforderlichen Maßnahmen zur Entlastung des regionalen Siedlungsverkehrs gesetzt werden und ausreichend öffentliche Verkehrsflächen zur Verfügung stehen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Objektivierungsrichtlinien nach Vorbild des Magistrats für städtische Gesellschaften

GR. Kolar stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Während für Personalaufnahmen in den Magistratsdienst seit Jahren Objektivierungsrichtlinien gelten, die – auch wenn sie bisweilen für Diskussionsstoff sorgen und da und dort verbesserungswürdig wären – weitgehende Transparenz und Objektivität gewährleisten, gibt es für den Bereich der städtischen Gesellschaften und der Holding nichts Vergleichbares.

Für ein modernes Dienstleistungsunternehmen wie die Holding Graz, wo Transparenz, Objektivität und Leistung zum unternehmerischen Leitbild gehören, ist es höchst an der Zeit, dass Personalentscheidungen nach objektiven Kriterien durchgeführt werden und nicht nach sogenannten Hearings – wo von den zuständigen GeschäftsführerInnen, so hört man, maximal noch in Rücksprache mit koalitionsären Stadtregierungsmitgliedern „freihändig“ entschieden wird. Objektivität sieht jedenfalls anders aus – und dass angesichts dieser „Verhältnisse“ Mutmaßungen, Befürchtungen und Gerüchten Tür und Tor geöffnet sind, versteht sich von selbst.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Beteiligungsreferent wird beauftragt, die städtischen Gesellschaften zu veranlassen, im Interesse und zum Schutz der Bediensteten für den Personalbereich ähnliche Objektivierungsrichtlinien wie für den Magistratsbereich zu entwickeln.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Kostenersatz eines Teils des Jahreskartentickets 2011/Kostenreduktion Jahreskartenticket 2012

GRin. Mag.^a Drⁱⁿ. Sprachmann stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Aufgrund der Baustellen im Sommer dieses Jahres, insbesondere im Bereich Annenstraße, Hauptbahnhof etc. ist der öffentliche Verkehr nur für Personen nutzbar gewesen, die viel Zeit hatten, nicht aber für Berufstätige, die auch InhaberInnen eines Jahreskartentickets der Holding Graz Linien sind.

Die Fahrt von Wetzelsdorf oder Eggenberg in die Innenstadt dauerte bis zum Jakominiplatz bis zu 50 Minuten, anstelle normal 20 Minuten. Im Vergleich dazu: Fährt man vom Hauptbahnhof nach Leoben, so ist die Fahrzeit 45 Minuten. Geht man zu Fuß von Eggenberg zum Hauptplatz, benötigt man bei zügigem Gang 25 Minuten.

Die Fahrt mit den Öffis in den zweieinhalb Sommermonaten war nicht nur wegen der Fahrzeit eine Zumutung. Einerseits fuhr beispielsweise von Richtung Eggenberg oder

Wetzelsdorf und umgekehrt ab der Laudongasse ein Schienenersatzverkehr in die Innenstadt, andererseits hatte man - gerade durch den Schienenersatzverkehr bedingt - Wartezeiten in der Laudongasse, da die Linien nicht nahtlos aneinander anschlossen. Die nächste Wartezeit gab es beim Leiner, wo der Bus auf Personen wartete, die vom Hauptbahnhof her zustiegen. Ab dem Hauptbahnhof konnte man im Bus nicht mehr umfallen, da er gesteckt voll war. BenutzerInnen von Öffis klagten auch darüber, dass sie den Bus wegen Überfüllung oft nicht rechtzeitig verlassen konnten. Abgesehen davon wurde vielen BenutzerInnen während der Hitzezeit ob der Überfüllung übel.

JahreskartenbesitzerInnen, die berufstätig sind, konnten somit die Öffis in diesem Zeitraum nur erschwert nutzen und sind vielfach aufs Rad – ist ebenfalls gefährlich von Eggenberg über die Annenstraße in die Innenstadt zu fahren – oder aufs Auto umgestiegen.

Auch nächstes Jahr ist im Sommer aufgrund der Baustellenproblematik mit den gleichen Problemen zu rechnen.

Das Jahreskartenticket kostet zurzeit € 352 und es wäre nur gerecht, wenn ein Teil dieser Kosten 2011 für Jahreskartenbesitzer aufgrund der misslichen Umstände retourniert werden. Für das Jahr 2012 wäre es sinnvoll, eine automatische Reduktion des Preises für das Jahreskartenticket vorzunehmen.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auch als Eigentümerversprecher der Holding Graz auf, aufgrund der Baustellenproblematik und der damit erschwerten Nutzbarkeit der öffentlichen Verkehrsmittel in Verhandlungen mit der Holding Graz betreffend

1. eine Rückerstattung der Kosten eines Teils des Jahreskartentickets für die öffentlichen Verkehrsmittel im Jahr 2011 und
 2. eines kostengünstigeren Jahreskartentickets für das Jahr 2012
- zu treten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Mitwirkung der Stadt Graz an der aktuellen Novellierung des Stmk. Raumordnungsgesetzes

GRin. **Krampl**, GR. **Eber**, GR. **Mayr**, GR. Ing. **Lohr** und GR. **Schneider** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz ist in hohem Maße von der Entwicklung der Raumordnung in der Steiermark betroffen. Insbesondere eine starke Bautätigkeit im Umland, die überwiegend zu einer Zunahme des Individualverkehrs führt, belastet die Stadt in Hinblick auf Umwelt, Infrastrukturkosten und der Errichtung von Betrieben. Angesichts der aktuellen Bestrebungen, die sogen. „Auffüllungsgebiete“ weiter zu liberalisieren, sieht sich die Stadt Graz als negativ betroffen und ersucht daher dringend, sie in kommende Gespräche zur Novellierung des Stmk. Raumordnungsgesetzes einzubinden.

Daher stellen wir seitens der ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ folgenden

Antrag:

Bgm. Nagl wird aufgefordert, an das Land Steiermark heranzutreten, um die Einbindung der Stadt Graz in die gerade stattfindenden Verhandlungen zur Novellierung des Stmk. Raumordnungsgesetzes zu erreichen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Sicherung von Grünflächen im Zuge der Erstellung des STEK 4.0

GR. **Schneider** stellt namens von SPÖ, Grünen und KPÖ folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Erstellung des STEK 4.0 stellt sich angesichts bestehender Defizite in bestimmten Stadtteilen bzw. anstehender Entscheidungen über die Entwicklung bestimmter Stadtteile die Aufgabe, öffentliche Grünflächen zu sichern. In diesem Zusammenhang stehen u.a. Flächen im Bereich des Hirtenklosters, des E-Werks Franz und in Wetzelsdorf im Bereich Ignaz-Scarpattetti-Gasse dringend zu einer Entscheidung an.

Daher stelle ich seitens der Gemeinderatsklubs von Grüne-ALG folgenden

Antrag:

StR Rüschi wird aufgefordert, umgehend mit den Eigentümern der betroffenen Flächen in Kontakt zu treten, um über eine künftige Nutzung der Flächen als öffentliches Grün zu verhandeln.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Sanierung und Reinigung des Naherholungsgebietes Bründlteiche

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Naherholungsgebiet rund um die Bründlteiche wird von vielen Menschen im Südwesten der Stadt sehr vielseitig und oft genutzt.

Durch viel Engagement von Vereinen und naturverbundenen BürgerInnen wurden hier in der Vergangenheit ein Waldlehrpfad und ein Biotop bei den Bründlteichen errichtet. Aufgrund der Nutzung von vielen Menschen entsteht natürlich mehr Abfall, und auch der Vandalismus bleibt nicht aus.

In den letzten Jahren ist das Gelände rund um die Bründlteiche sichtlich durch Müllablagerungen verunreinigt worden, Zäune, Durchgänge und die Brücke über den Bründlbach sind äußerst sanierungsbedürftig.

Nachdem dieses Naherholungsgebiet bei vielen Grazern und Grazerinnen sehr beliebt ist und das ganze Jahr hindurch häufig genutzt wird, kann die Reinigung und

Instandhaltung nicht nur Angelegenheit eines Pächters sein. Sie liegt auch in der Verantwortung der Stadt Graz.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz und der Holding Graz werden beauftragt, gemeinsam mit dem Naturschutzbeauftragten und anderen beteiligten Institutionen eine Lösung auf die Frage zu finden, wie in Zukunft dieses Naherholungsgebiet gereinigt und saniert werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Fernwärmebonus

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 1. Juni 2011 wurden in Graz die Fernwärmetarife um 4,6 Prozent erhöht, im kommenden Jahr sollen diese nochmals um 4,4 Prozent steigen.

Wir sehen den Ausbau des Fernwärmenetzes ist Graz als positive Maßnahme im Kampf gegen die Feinstaubbelastung, dieser darf aber nicht dazu führen, dass die Heizkosten für die BürgerInnen in Zukunft nicht mehr leistbar sind. BürgerInnen,

welche bereit sind, eine Umstellung auf Fernwärme zu finanzieren, werden somit noch bestraft.

In einer Zeit, in der ein Großteil der Menschen in Österreich mit Belastungspaketen von Bund und Land Steiermark sowie mit Gebührenerhöhungen vor Ort zur Kasse gebeten werden, ist es legitim, die Frage zu stellen, ob die Energiewirtschaft auch ihren Beitrag leisten kann und mit weniger Gewinnen zufrieden ist.

Neben einem notwendigen Stopp der Fernwärmetarife, welchen die KPÖ in einem Antrag am 9.6. 2011 gefordert hat, sind konkrete und rasche Maßnahmen für jene Menschen zu treffen, die nicht oder nur unter Verzicht auf andere Ausgaben in der Lage sind, ihre Energierechnungen zu bezahlen.

In den Sprechstunden von Stadträtin Kahr und sicherlich auch im Sozialamt gibt es einen Anstieg der Zahl von Personen, die mit dem oben geschilderten Problem konfrontiert sind. Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass die Mindestsicherung oft geringer als die alte Sozialhilfe ist und die Löhne und Gehälter der Leute schon lange nicht mehr mit der Teuerung Schritt halten.

Ein Fernwärmebonus für Menschen mit geringem Einkommen, der ähnlich wie der seinerzeitige Gasbonus gestaltet wäre, könnte hier eine Erleichterung der Situation bringen.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark, um die Einführung eines Fernwärmebonus zu

erreichen, der nach dem Vorbild des seinerzeitigen Gasbonus ausgestaltet werden sollte.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Keine Durchwegung bestehender Heimgärten

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Diskussion um das Stadtentwicklungskonzept STEK 4.0 führt bei vielen Grazer HeimgartennutzerInnen zu einer Verunsicherung. Konkret geht es um die angedachte „öffentliche Durchwegung“ der Heimgärten.

Eine derartige Durchwegung wird von den Heimgartenvereinen durchgehend abgelehnt.

Sie fürchten um ihre Zufluchtsoasen, die sie sich in mühevoller Kleinarbeit über die Jahre aufgebaut haben. Grundabtretungen sind dabei ebenso ein Thema wie zu erwartende Lärmbelästigungen, Vandalismus oder schlicht und einfach Belästigungen durch – im weitesten Sinne voyeuristische – SpaziergängerInnen und RadfahrerInnen, die gerne den einen oder anderen Blick auf die liebevoll gestalteten Heimgärten werfen möchten.

Deshalb stelle ich im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt die „öffentliche Durchwegung“ bestehender Heimgärten ab.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Freier Blick auf Graz – Naherholung im Grazer Stadtgebiet auch visuell erlebbar machen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zu den wichtigsten Grundlagen städtischer Lebensqualität zählt für die BürgerInnen der Stadt auch die Naherholung zu jeder Jahreszeit, ganz egal, ob beim Wandern, Radfahren, Mountainbiken, Laufen oder Nordic Walken.

Der Großraum Graz hat da den großen Vorteil, rundum von Wäldern und Bergen umgeben zu sein mit vielen Gelegenheiten, dabei einen Blick auf die Stadt zu erhaschen. Mit den fast die Hälfte der Stadtfläche einnehmenden Landschaftsschutzgebieten östliches und westliches Berg- und Hügelland besitzt die Stadt Graz zwei Naherholungsgebiete ersten Ranges. Diese bieten das ganze Jahr über die Möglichkeit zu Erholung und Naturgenuss für Familien, Sportler und Touristen und sind auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln in kürzester Zeit erreichbar. Nun sind jedoch sehr viele Aussichtspunkte rund um Graz mangels Attraktivierung und Pflege nicht mehr sehr ansehnlich. Vor allem im Bereich des Plabutsch-

Buchkogel–Florianiberg-Höhenzuges überwuchert die Vegetation viele Aussichtspunkte und behindert damit die freie Sicht. Davon betroffen sind zum Beispiel die Kernstockwarte, die Rudolfswarte oder die Florianikirche. Aber auch im Grazer Osten im Bereich des Leechwaldes mit Hilmwarte und auf der Platte mit der Stephanienwarte versperrt der Pflanzen-Wildwuchs die Sicht.

Leider bieten derzeit sehr viele beliebte Grazer Aussichtspunkte aufgrund des schnellen und üppigen Baumwuchses keinen optimalen Blick auf die Stadt Graz und das Umland. Zur städtischen Naherholung und zur Lebensqualität gehört es jedoch auch, die Stadt und deren Umgebung visuell erlebbar zu machen. Die vielen schönen Aussichtspunkte im und rund um das Grazer Stadtgebiet gehören da einfach wieder attraktiviert und regelmäßig gepflegt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird zusammen mit der zuständigen Stadträtin ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer die im Motivenbericht aufgezählten Grazer Aussichtspunkte regelmäßig zu pflegen und attraktiv zu gestalten um damit den freien Blick auf Graz wieder möglich zu machen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Jugendzentrum „Diabolo“ Graz Straßgang – Errichtung eines Jugendspielplatzes

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im September heurigen Jahres konnten sich die BesucherInnen bei der Eröffnungsfeier des neuen Jugendzentrums „Diabolo“ in Graz Straßgang über den aktuellen Baufortschritt erfreuen.

Im Raum Straßgang gab es bislang dazu kein Angebot und so wurde das vakant gewordene Objekt des ehemaligen SP-Heimes Straßgang in der Aribonenstraße 27a in ein Jugendzentrum umgewandelt. Angrenzend an einen Bezirkssportplatz, in der Nähe einer Schule und in einem großen Einzugsgebiet bot sich mit dieser Adresse ein idealer Standort, um dieses Projekt umzusetzen.

Mit der angrenzenden Freifläche bietet sich nun in weiterer Folge die Möglichkeit, einen Trendsportarten-Spielplatz für Jugendliche und einen kleinen Park zur Kommunikation für die BürgerInnen zu errichten. Wenn die Stadt Graz diese Chance wahrnimmt, könnte sich dieser Ort durchaus zu einem einzigartigen Grazer Jugendprojekt weiterentwickeln.

Aufbauend auf die bisher vorhandene Nutzung wäre es sehr sinnvoll, dort einen Ort zu schaffen, um die Lust auf Bewegung und Kommunikation unter den Kindern und Jugendlichen zu fördern. Auch wäre aufgrund der optimalen Lage mit keinen Anrainerprobleme zu rechnen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob im Bereich des neu errichteten Jugendzentrums

„Diabolo“ in Graz Straßgang, Aribonenstraße, ein Jugendspielplatz mit einem kleinen Park errichtet werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Aufstellung der Kultfigur „Oskar“ auf altem Standplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 14.04. 2011 habe ich die Anfrage über den Verbleib der Kultfigur „Oskar“ gestellt. Diese Anfrage hat zu einer Leseraktion der Grazer Woche geführt. Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Bürgerinnen und Bürger für eine Rückkehr von „Oskar“ auf seinen Standplatz in der Herrengasse ausgesprochen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden aufgefordert, die notwendigen Schritte zu setzen, um die Kultfigur „Oskar“ auf ihrem alten Standplatz in der Herrengasse wieder aufzustellen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Vorbild Straßenflohmarkt Annenviertel – eine effektive und kostenschonende Belebung der Einkaufsstraße

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Dass das Straßenmarketing nicht nur durch den Einsatz von Steuergeldern oder Sonderbudgets erfolgreich umgesetzt werden kann, bewiesen am letzten Wochenende die engagierten Mitarbeiter der Stadtbaudirektion (im Rahmen der Annenviertelbelebung verantwortlich für diese Aktion), die Geschäftsleute und Anwohner der Annenstraße.

Ähnlich dem bekannten Vorbild und Klassiker, dem „Portobello-Road“ Altwarenmarkt, fand der erste große Straßenflohmarkt in der Annenstraße statt. Über den Tag verteilt besuchten tausende Besucher die Flohmarktstände. Ein gemütliches (von 8 Uhr bis 19 Uhr dauerndes) Miteinander von Besuchern und Anwohnern, eine Vorbildveranstaltung ohne jegliche Unruhe, jedoch mit viel Potenzial für ein besseres Verständnis der verschiedensten Bevölkerungsgruppen im Bezirk.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden beauftragt zu überprüfen, ob dieser große und kostengünstige Schritt zur Belebung der Annenstraße - den geäußerten Wünschen vieler Anwohner und Besucher entsprechend - künftig einmal pro Monat, z.B. an jedem ersten Samstag im Monat, wiederholt veranstaltet werden könnte.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Errichtung eines Parkplatzes für einspurige Kraftfahrzeuge am Jakominiplatz

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am Eck Radetzkystraße und Schmiedgasse werden parkende Mopeds und Motorräder durch Exekutivbeamte regelmäßig mit Organstrafverfügungen versehen. Bei dieser Örtlichkeit handelt es sich um einen abgesenkten Gehsteig, der direkt auf die Fahrbahn führt, die dort gar nicht betreten werden darf. Es wird also durch das Abstellen einspuriger Kfz niemand behindert so wie es auch zu keiner Sichtbeeinträchtigung kommt. Da der angrenzende Radabstellplatz von Haltern motorisierter einspuriger Fahrzeuge nicht benutzt werden darf, erscheint der im Betreff angeführte Abschnitt geeignet zu sein, um ihn als einen Parkplatz für einspurige Kfz auszuweisen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden beauftragt, die Ausweisung der im Betreff bezeichneten Örtlichkeit als Parkplatz für einspurige Kfz zu prüfen und diese Maßnahme gegebenenfalls ohne Verzug umzusetzen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

21) Generalsanierung des Bodenbelags der Hans-Sachs-Gasse

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bodenbelag der Hans-Sachs-Gasse ist schadhaft und seit mehreren Jahren nur notdürftig repariert. Fehlende Bodenplatten wurden durch Asphalteingüsse ersetzt. Der schadhafte Bodenbelag führt dazu, dass immer mehr Unfälle passieren. Unlängst verletzte sich eine ältere Dame durch einen Sturz sehr schwer. Mit einem ihrer Schuhabsätze versank sie im Asphalteinguss und kam infolge zum Sturz. Abgesehen von den schweren Verletzungen, die Fußgänger durch diese Gefahrenquellen erleiden können, besteht auch die Gefahr von Haftungsansprüchen gegenüber der Stadt Graz. Eine sofortige Sanierung des Bodenbelags der Hans-Sachs-Gasse zur Entschärfung der Gefahrenquellen ist ein Gebot der Stunde.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Der Bürgermeister der Stadt Graz sowie die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker werden umgehend aufgefordert, eine sofortige Sanierung der Hans-Sachs-Gasse zum Schutze der Fußgängerinnen und Fußgänger in die Wege zu leiten.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Verlegung des Postamtes 8017 Moserhofgasse in die Herrgottwiesgasse

GR. Schröck stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nach all den Ämterschließungen der letzten Jahre meinten die Kunden der Österreichischen Post AG, das Ärgste sei nun überstanden. Das war ein Irrtum. Nun lassen die Post-Verantwortlichen durch ein neues Abenteuer aufhorchen: Das Postamt 8017 Moserhofgasse (mitten im Bezirk Jakomini) soll verlegt werden – und zwar in die Herrgottwiesgasse.

Zu allem Überdruß wird diese „De-facto-Schließung“ eben als Verlegung verkauft. Nach dieser Verlegung des Postamtes auf die andere Seite der Mur befände sich das

einzig verbliebene Amt des größten Grazer Stadtbezirkes – immerhin beherbergt er 30.000 Einwohner – in der Brockmannngasse. Offensichtlich geht man bei den Verantwortlichen davon aus, dass die Grazer Bevölkerung ausschließlich aus jungen, agilen, bewegungshungrigen Menschen besteht, welche für ihre postalischen Belange gerne durch die halbe Stadt spazieren. An dieser Stelle sei auf das Faktum verwiesen, dass circa 20 Prozent der in Graz lebenden Menschen über 65 Jahre alt sind.

Andererseits darf auch nicht darauf vergessen werden, dass der von der Schließung betroffene Bereich eine Wachstumszone ist, wo laufend neue Wohnsiedlungen im Entstehen begriffen sind, beispielsweise der Platz des ehemaligen Messevergnügungsparks. Es sollte im Interesse der Stadt liegen, ihren Bürgern ein höheres Maß an Infrastruktur als bisher zu bieten – nicht umgekehrt.

In diesem Falle werden der gemeinnützige Aspekt der Post und die Nahversorgung der Bürger in einem Ausmaß konterkariert, das im besten Falle als verantwortungslos bezeichnet werden muss. Es scheint als wäre Gewinnmaximierung die einzige Existenzberechtigung der Post, denn hier wird an der Lebensrealität und den Ansprüchen der Menschen vorbei gehandelt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl wird aufgefordert, sich mit den zuständigen Organen der Post AG in Verbindung zu setzen, um den Erhalt des Postamtes 8017 in der Moserhofgasse im Sinne der Gemeinnützigkeit zu gewährleisten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

23) Überlaufende Kanäle bereits bei Starkregen zeigen: Anrainer sind per Rückhalteklappen vor Fäkalienbrühe in ihren Wohnhäusern zu schützen

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor rund 1 ½ Monaten sind wieder einmal die Kanalstränge in Andritz im Nahbereich des Schöckelbaches, insbesondere am Haberlandtweg, übergegangen. Dem Vernehmen nach drang dabei massiv überflutendes Wasser aus dem Fäkalkanal in die Hauskanal-Abflüsse ein, der für diese anfallende Menge im Querschnitt zu schwach dimensioniert ist. Dieser Umstand ist jedoch, was belegbar ist, keinesfalls neu, sondern basierend auf den Einwendungen bereits aus dem Jahre 1999 anlässlich der Bauverhandlung zur Errichtung der Peneffsiedlung – somit sogar unmittelbar lokalisiert - amtsbekannt.

Es ist keineswegs einsehbar, dass aufgrund kanalbaulicher Mängel (eintretendes Regenwasser in den Kanal bzw. grober Überwachungs- und Kontrollmangel hierzu, zu kleine Dimensionen des baulichen Kanalquerschnittes, Einleitung neuer und zusätzlicher Kanalanschlüsse ohne entsprechende Kanalerweiterung, etc.) Eigentümer und Bewohner von Altbestandobjekten zum sprichwörtlichen und elendiglich stinkenden „Handkuss“ kommen und ständig und anhaltend mit der Angst leben müssen, entweder durch Hochwasser und/oder durch übergehende Kanäle überflutet zu werden. Es ist höchst an der Zeit, diesen aus grobem Verschulden bzw. Unterlassungen der Grazer Stadtregierung gefährdeten und wirtschaftlich geschädigten Andritzern – und wohl sodann dieser Art weiteren Geschädigten im

Grazer Stadtgebiet - fair und gerecht unter die Arme zu greifen und diesen entweder gänzlich finanziert oder substantiell unterstützt Rückhalteklappen in ihren örtlichen Kanalanschlussstrang einzubauen. Damit würde nicht nur jenen von Überflutungen heimgesuchten Bürgern endlich geholfen, sondern die Stadt Graz könnte damit auch die bereits ans Unanständige grenzenden Verschuldensfragen und Haftungsprobleme eindämmen.

Denn: Der Eigentümer des Kanalnetzes, also hier die Stadt Graz, ist laut Steiermärkischem Kanalgesetz 1988 verpflichtet, für eine ausreichende Dimensionierung des Kanals zu sorgen, zumal der Eigentümer für die Kanalbereitstellung entsprechend Gebühren einhebt. So die Auskunft Betroffener durch die Juristin Dr. Ute Kränzlein in der Bau- und Anlagenbehörde.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Bürgermeister Nagl wird aufgefordert, mit den Organen der Holding Graz Kontakt aufzunehmen und diese zu veranlassen, entsprechende budgetäre Vorsorge zu treffen, um jenen am 3.8.2011 durch Kanalüberflutungen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern im Einflussbereich des Schöckelbaches, insbesondere jenen im Verlauf des Haberlandtweges, Rückstauklappen in ihre örtlichen Kanalstränge einzubauen bzw. das zu unterstützen sowie die Sanierung und Anpassung der Kanalstränge bis längstens 2012 vorzunehmen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.00 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb